

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/59

Bonn, den 27. März 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 a	<u>PAUL LÜCKE</u> Der Bundesinnenminister und die Wahlrechtsreform	65
2	<u>"Nicht brutal" - aber...</u> Frankreich und die DDR Von Fritz Säger, MdB	30
3	<u>Industrieller Wettlauf</u> Gerät die Bundesrepublik ins Hintertreffen?	53
4	<u>Die NPD und Spanien</u> Deutschlands Ansehen im spanischen Volk gefährdet Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid	41
5 - 6	<u>Wer war Generalmajor Sejna?</u> Was die Prager Zeitungen zu berichten wissen Von Igor Valentin, Prag	86

* * *

PAUL LÜCKE

Der Bundesinnenminister und die Wahlrechtsreform

sp - Der am Dienstag von Bundesinnenminister Paul Lücke angekündigte Rücktritt ist zunächst also nicht erfolgt. Das Hin und Her in dieser Angelegenheit hat natürlich die Gemüter in Bonn bewegt, zumal man es in der Bundesrepublik Deutschland noch immer als "Sensation" betrachtet, wenn ein Minister zurücktritt, weil er glaubt, seine politischen Vorstellungen nicht durchsetzen zu können. In anderen demokratischen Staaten ist das ganz normal. Man spricht dort in einem solchen Fall weder von einer Krise, noch überschlägt man sich in Beschwörungen, mit deren Hilfe man einen rücktrittswilligen Minister zu halten gedenkt.

Worum es bei dem Wirbel ging, ist inzwischen bekannt. Der Bundesinnenminister glaubte, die SPD habe auf ihrem Nürnberger Parteitag zur Wahlrechtsfrage etwas beschlossen, was nicht mit den Koalitionsvereinbarungen in Einklang zu bringen sei.

Wir wissen nicht, warum der Bundesinnenminister zu einer solchen irrigen Auffassung gelangen konnte. Die Sozialdemokratische Partei und ihre Bundestagsfraktion haben zu keinem Zeitpunkt erklärt, daß sie sich an irgendwelche bestimmten Absichten bezüglich der Wahlrechtsänderungen gebunden fühlen. Auf diese Tatsache hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion unmittelbar nach der Regierungserklärung von 1966 hingewiesen. Bisher unwidersprochen blieb auch stets die wiederholt getroffene Feststellung der SPD, die Partei halte ihre Entscheidung in dieser Frage offen.

Entsprechend diesen und anderen Erklärungen des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion hat die SPD eine Kommission eingesetzt und dieser die Aufgabe gestellt, zunächst a l l e Aspekte einer Wahlrechtsreform gewissenhaft zu prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung in den hierfür zuständigen Gremien der Partei zur Diskussion zu stellen.

Noch am Dienstag hat der stellvertretende Parteivorsitzende und Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Helmut Schmidt, erklärt, daß der Nürnberger Parteitag von

dieser auch der CDU und dem Bundesinnenminister sicher bekannten Lage ausgegangen ist, als er den vom Innenminister bedauerten Parteitagsbeschluss faßte.

Die sozialdemokratische Wahlrechtskommission wird also weiterarbeiten; sie wird eigene Feststellungen treffen, bei ihren Empfehlungen an die Partei jedoch auch die von anderen Gremien getroffenen Feststellungen berücksichtigen.

Nun hat der Bundesinnenminister erklärt, er wolle sein Rücktrittsgesuch zunächst für die Dauer von 14 Tagen zurückstellen. Ob in diesen 14 Tagen von der SPD-Kommission eine endgültige Empfehlung zur weiteren Behandlung der Wahlrechtsreform an die Partei gegeben werden kann, bleibt abzuwarten.

Unabhängig davon meinen wir, daß es genügend andere die deutsche und die internationale Öffentlichkeit bewegende Probleme gibt, die von der Regierung der Großen Koalition ihrer Lösung nähergebracht werden müssen. In der Innenpolitik stehen die Finanzreform, das Notstandsrecht und die Frage der Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf der Tagesordnung. Außenpolitisch muß die Bundesregierung die Erweiterung der EWG vorantreiben, sie muß flexibel auf die im NATO-Bündnis zu erwartenden Veränderungen eingehen und sie steht vor der großen Aufgabe, ihr Verhältnis zu den kommunistisch regierten Staaten wenn irgend möglich zu normalisieren. Die Deutschlandpolitik, d.h. das Bemühen der Bundesrepublik um ein geregeltes Miteinander mit der DDR stellt die Bundesregierung ebenfalls vor gewaltige Aufgaben.

Natürlich ist die Wahlrechtsreform auch ein wichtiges Problem der deutschen Politik. Ob sie jedoch den Bürgern unseres Staates so sehr auf den Nägeln brennt, wie die anderen zu lösenden Aufgaben oder wie beispielsweise die Sicherung der Währung und des Arbeitsplatzes sowie die Neuordnung des Gesundheitswesens, des großen Komplexes der Sozialpolitik und der Verkehrspolitik, muß wohl bezweifelt werden.

Dieser Ansicht scheinen auch der Bundeskanzler, die Mehrheit der Bundestagsfraktion von CDU/CSU und die Kabinettsmitglieder zu sein. Anders ist das Ergebnis des am Dienstag stattgefundenen Koalitionsgesprächs nicht zu werten, jenes Gesprächs, nach dessen Abschluß einmütig festgestellt wurde, daß beide Koalitionspartner, unabhängig von den Meinungsverschiedenheiten über eine Wahlrechtsreform, den Willen haben, die gemeinsame Politik fortzusetzen.

"Nicht brutal" - aber...

Frankreich und die DDR

Von Fritz Sänger, MGB

Im Verlaufe einer freundschaftlich ausgetragenen Diskussion zwischen Politikern, Wissenschaftlern, Publizisten und Gewerkschaftern aus Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, die Anfang der letzten Märzwoche in Bad Godesberg stattfand, fiel die Bemerkung, es könne schon morgen geschehen, daß ein französischer Ingenieur, der in der DDR arbeite, frage, warum er nicht den Schutz eines Konsulates seines Landes geniee. Das war das Thema der Anerkennung der DDR durch Frankreich.

Die Deutschen in Bad Godesberg horchten auf. War das ein Signal? Wollten die Franzosen jetzt ankündigen, daß jener Ingenieur in der DDR nicht mehr lange vergeblich nach konsularischer Vertretung seines Landes fragen werde? Mit dem Willen, beruhigend auf die deutschen Freunde zu wirken, fügte ein Franzose in Bad Godesberg jetzt hinzu, Frankreich werde "nicht brutal" handeln.

Man hörte, wenn man politisches Gespür hatte, das Wörtchen "aber" war zu klar: Nicht brutal werde Frankreich handeln, aber es werde handeln. Es sei klar, sagte der Sprecher der französischen Gäste, daß sich die Frage stelle und man könne nicht endlos einen Zustand beibehalten, in dem ohne geregelte Beziehungen dennoch Zusammenarbeit möglich, nötig, auf jeden Fall Tatsache sei.

Dies ist genau das Problem. Die Wirklichkeit ist stärker als jede Theorie. Die Frage ist müßig, ob europäische Staaten die DDR anerkennen werden, in welcher Form sie es tun und wann es geschieht. Die tatsächlichen Verbindungen sind enger, sind realer geworden, und in Paris und Brüssel, in Stockholm und anderswo in europäischen Hauptstädten befassen sich Staatsrechtler und Sozialpolitiker, Völkerrechtler und Interessenverbände der Unternehmer und der Arbeitnehmer mit der Frage, welche Folgerungen aus der Zusammenarbeit entstehen, die auch mit der DDR wie einst nur mit der BRD gepflegt wird.

Kein Zweifel: Die Wirklichkeit ist stärker als jede Hoffnung, jeder Wunsch. Frankreich und andere Länder Europas und der Welt werden vorgehen, "nicht brutal", aber nach ihren Interessen.

Würde deutsche Politik auch künftig sich mit Schaudern von solchen Tatsachen abwenden und nicht davon reden - so geschah es unter Adenauer und Erhard und das nannte man damals Vertretung deutscher Interessen - würden wir mit dieser Politik feigen Ausweichens vor der Wirklichkeit fortfahren, wir verdienen nichts anderes, als daß uns das deutsche Volk auf den Schrrichthaufen der Nation wurfe. Wir haben dieser Entwicklung ins Auge zu sehen. Nur dann nehmen wir die Lebensinteressen unseres Volkes wahr. Vielleicht ist das alles heute schwieriger, teurer als vor einem Jahrzehnt oder vor zweien. Es ist die Verantwortung anderer, die damals entschieden, wenn sie die Chancen nicht nutzten. Heute müssen wir wach sein und aufhorchen: Kein Franzose widersprach, als die Frage nach der Anerkennung der DDR gestellt wurde. Wer glaubt, daß ein Belgier, ein Holländer, ein Däne, wer glaubt, daß irgendwer in Europa widersprochen hätte - widersprechen würde? Es ist an uns, daraus Folgerungen zu ziehen, Isolierung wäre sonst unabwendbar.

Industrieller Wettlauf

Gerät die Bundesrepublik ins Hintertreffen ?

sp - Gerät die Bundesrepublik im Wettlauf mit ihr vergleichbaren Industrienationen ins Hintertreffen? Wir sind zwar immer noch der zweitwichtigste Handelspartner der Welt, doch auf dem Gebiet der industriellen Erzeugung sind wir drauf und dran, vom bisherigen dritten Platz im Weltmaßstab auf den vierten Platz abzusinken. Japan hat uns auf einigen Gebieten weit übertroffen. So produziert die japanische Stahlindustrie in modernsten Stahlwerken mit den größten Hochöfen der Welt 50 Prozent mehr als wir - und das will schon etwas heißen. Japan baut die größten Schiffe der Welt und sogar in der Automobilproduktion hat es uns überholt.

Es war Herbert **W e h n e r**, der auf den Nürnberger SPD-Parteitag in der Diskussion zum Thema "Beitrag der SPD zu aktuellen Problemen der deutschen Politik" auf diese für unsere Stellung in der Welt alarmierenden Tatbestände hinwies und die Anregung seines Parteifreundes Professor Leo Brandt aufgriff, es möge ein aus unabhängigen Experten zusammengesetztes Gremium gebildet werden, das der deutschen Öffentlichkeit, "am besten direkt vor dem Bundestag", in gewissen Zeitabständen einen unverfälschten Überblick über die Lage und ihre Erfordernisse gibt. Nichts Geringeres als unsere Zukunft als wettbewerbsfähige Industrienation steht auf dem Spiel.

Gewiß, wir haben aufgrund sozialdemokratischer Initiativen - der größte Anstoß ging 1966 vom SPD-Parteitag in München mit seiner damals vielbespöttelten Themenstellung "Die zweite industrielle Revolution" aus - einen Forschungsbeirat. Er hat schon sehr viel Nützliches geleistet und seine Erkenntnisse und Arbeiten haben wesentlich dazu beigetragen, die deutsche Öffentlichkeit vertrauter mit den Problemen des letzten Drittels dieses Jahrhunderts zu machen. Man braucht hier kein Neuland mehr zu betreten.

Die Frage taucht allerdings auf, ob das, was der Forschungsbeirat als notwendig und unerlässlich empfahl und empfiehlt, auch immer seinen Niederschlag in entsprechenden Maßnahmen der gesetzgebenden Körperschaften fand und findet. Auch mag die Spanne zwischen Empfehlung und Verwirklichung viel zu lang sein. Andere nützen das aus. Die Berichte des Forschungsbeirats sind ja keine Geheimlektüre, sie sind für jeden, der sich dafür interessiert, zugänglich. Und es gibt nicht nur deutsche Interessenten.

Auch darauf machte **W e h n e r** aufmerksam: Auf manchen Gebieten besteht die Gefahr, daß Ideen, die zuerst bei uns in Deutschland entwickelt worden sind und verwirklicht wurden, nachdem der Staat große Summen zur Förderung der eigenen Entwicklung zur Verfügung gestellt hatte, dann im Ausland schneller in die Praxis umgesetzt wurden.

Das ist eine betrübliche Feststellung; sie enthüllt eine beklagenswerte Schwäche unseres Bemühens, sich den Gegebenheiten der zweiten industriellen Revolution anzupassen. Sie ist aber auch eine Herausforderung an alle, deren Aufgabe es ist, unser Volk fit zu machen für die Bewältigung der Probleme der nächsten Jahrzehnte.

Der große industrielle Aufschwung in Japan, dessen Folgen andere Industrienationen durch verschärften Wettbewerb zu spüren bekommen, sollte uns ein Fanal sein. Nur als wettbewerbsfähige Industrienation können wir in der Zukunft bestehen. Es bedarf großer Reformen auf vielen Gebieten, um uns diese Fähigkeit zu erhalten und sie auszubauen. In dieser Pflicht stehen die Führungsschichten der Bundesrepublik vor der jetzigen und kommenden Generation.

Die NPD und Spanien

Deutschlands Ansehen im spanischen Volk gefährdet

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Was altfalangistische "Blauhemden" und eingefleischte Verfechter der vorherrschenden Ideologie der 30-er und 40-er Jahre zu wahren Begeisterungstürmen veranlaßt, lehnt in Spanien der vielgerühmte "Mann auf der Straße" ab. Die falangistische Presse bemüht sich, die neonazistische NPD emporzuhudeln und in Spanien salonfähig zu machen. So schrieb "Diario SP", Adolf von Thadden und seine Partei dürften keine Mühe scheuen, um ihre Isolierung zu vermeiden und bei den Bundestagswahlen 1969 das gesteckte Ziel, also den Eintritt in den Bundestag, zu erreichen.

Die NPD, von den Falangisten als artverwandtes Gebilde wegen ihrer autoritären Tendenzen mit großen Sympathien betrachtet, ist aber auf dem besten Wege, das Ansehen der Bundesrepublik in Spanien zu gefährden. Die spanischen Gastarbeiter schreiben ihren Verwandten in der Heimat etwas anderes, als die Falange-Presse gerne hören möchte. So verweisen sie auf die Fremdenfeindlichkeit ("Dreckige Gastarbeiter raus, weg mit den Dreck-Spaniern!" oder "Gebt den Spaniern keine Wohnmöglichkeiten" und andere gängige NPD-Parolen), auf die planmäßige Züchtung von überholten nationalistischen Hasinstinkten durch gewissenlose Demagogen, die vor allem in industriellen Krisengebieten der Bundesrepublik unter den Arbeitern versuchen, diese gegen ihre ausländischen Kollegen aufzuwiegeln.

So etwas macht in Spanien böses Blut; daran kann auch die Falange nichts ändern. Im Gegenteil, was die Ewiggestrigen im Blauhemd dem Volke anpreisen, lehnen die Spanier in ihrer großen Mehrheit ohnehin ab. Festlegungen der deutsch-spanischen Freundschaft, wie sie bei den letzten Ministerbesuchen von Solís-Ruiz (Falangeminister) in der Bundesrepublik oder Bundespostminister Dollinger in Spanien zum Ausdruck kamen, müssen angesichts der von der NPD ausgehenden Hetzkampagne gegen die spanischen Gastarbeiter viel von ihrer Gleichwürdigkeit ein. Ein katholischer Publizist stellte die Frage, die auch viele seiner weniger prominenten Landsleute beschäftigt: "Sind denn in Deutschland schon wieder einige Leute verrückt geworden?"

Wie wenig Anklang NPD-ähnliche Vereine in Spanien genießen, lassen Madrides Studenten erkennen. An der Madrider Universität sieht seit Jahren ein "Nationalsozialistischer Studentenverband" halblegal mit 30 Mitgliedern dahin; allein die Behauptung, er werde von der NPD finanziert, macht ihn selbst den falangistischen Studenten schon verdächtig. Auch in der Falange ist man über gewisse Auswüchse in der deutschen Politik nicht erbaut. Erklärte ein falangistischer Funktionär im kleinen Kreise: "Die NPD zerstört durch ihre Fremdenfeindlichkeit alle Brücken, die wir nach Deutschland und nach Europa aufgerichtet haben".

+ + +

Wer war Generalmajor Sejna?

Was die Prager Zeitungen zu berichten wissen

Von Igor Valentin, Prag

Zu dem Sturz Antonin Novotny von seiner letzten, durchaus starken Position des Staatspräsidenten bildeten die Berichte der Prager Zeitungen über das Leben und die Karriere des in die USA geflohenen Generalmajors Sejna einen geradezu makabren Hintergrund. Gewiß ist Novotny nicht wegen der bisher noch immer nicht restlos aufgeklärten Flucht des Generalmajors zum Rücktritt gezwungen worden - er hat als die letzte Stütze des Stalinismus in der Tschechoslowakei den Kampf gegen die Reformbewegung vor allem in den Reihen der KPC sowie in den Reihen der Wirtschaftsfehleute verloren und mußte gehen. Aber daß sein Prestige in den letzten Wochen selbst unter seinen treuesten Anhängern so sehr gelitten hat und daß selbst Parteifunktionäre, die sonst immer hart im Nehmen waren, bang- und kläglich von den einflußreichsten Posten über Nacht verschwenken, das alles hat einen sehr simplen Grund: die Berichte über Sejna machten dieses "Paradepferd der Partei" zum Symbol einer Zeit, für die Novotny verantwortlich zeichnete.

"Parteiünstling"

Mit Sejna war ein sicherlich sehr wichtiger Posten im Prager Verteidigungsministerium mit einem Mann besetzt worden, von dem die Prager Zeitungen ohne Widerspruch behaupten konnten, daß er dafür überhaupt keine Qualifikation mitgebracht hatte. Er war lediglich ein Parteiünstling mit guten Beziehungen zu den engsten Verwandten hoher Funktionäre, er besaß keine höhere Schulbildung und er hatte es auch verstanden, dem Drängen seines Ministeriums auszuweichen, die Militärakademie oder die Prager Universität zu besuchen. Die Bürgerschule soll er besucht haben, wußte sein langjähriger Dienstfahrer einer Zeitung zu berichten; eine alte Frau aus seinem Heimatort bestritt jedoch diese Version und billigte ihm nur den Besuch der Volksschule zu.

Warum besaß Sejna einen Diplomatenpaß?

Unmittelbar nach der Flucht Sejnas wurde bekanntgegeben, daß er in eine Affäre mit unberechtigter Lieferung von Klee- und anderen Samen verwickelt gewesen sei und daß man schon im Vorjahr einen Kollegen von ihm, einen Oberst, verhaftet hätte, der ihn dann offenbar belastete. Inwiefern sollte er bereits einige Tage vor seiner Flucht verhaftet werden. Doch rettete ihn seine Immunität als Abgeordneter des Prager Parlaments. Wieso er und sein Sohn auf Diplomatenpässen hatten reisen können und auch seine Begleiterin nicht behelligt wurde, soll noch gründlich untersucht werden. Kaum hatten die Prager Zeitungen diese Berichte gebracht, so erhielten ihre Redaktionen offenbar "Bahn frei" für eigene Recherchen über Sejna und seinen Lebenslauf. Das ist deshalb anzunehmen, weil zu diesem Zeitpunkt die geltenden Richtlinien für den Inhalt der Zeitungen noch nicht so gelockert waren wie heute. Die Partei (unter Führung Dubceks) war entschlossen, die Gönner des Entflohenen durch ihn selbst bloßzustellen. Das ist ihr hundertprozentig gelungen: eine "Karriere Sejna" wird sich kaum mehr in der Tschechoslowakei wiederholen, andere "Sejnas" dürfen gut daran tun, sich schleunigst pensionieren zu lassen.

Dienstfahrer plaudert aus der Schule

Eine Prager Zeitung trieb den jahrelangen Dienstfahrer Sejnas auf und dieser plauderte bereitwillig aus der Schule. Danach war der Entflohene nur ein Lebemann, der die Mädchen häufig wechselte, seine Frau vernachlässigte, seine alten Eltern kaum noch besuchte und nie Geld hatte, obwohl er monatlich 8.000 Kronen (nach dem offiziellen Kurs 4.540 DM) an Einnahmen verzeichnete. Mit Frauen habe er umzugehen verstanden und sei "auch sonst ein netter Chef" gewesen. Seine Bildung? Ja, da habe es sehr gehapert, er habe sich stets vor jeder "Weiterbildung" gedrückt und trotzdem im Ministerium viele Gönner gehabt.

Sejnas Blitzkarriere machte die Runde durch alle Prager Zeitungen und die Prager staunten nicht schlecht, dass Sejna noch im Vorjahr zum Generalmajor befördert worden war - angeblich gegen den Widerstand eines maßgebenden Mannes der Ministerialbürokratie.

Über derartige Enthüllungen lachten die Prager noch - "So war das eben damals, als die Allmächtigen im Staate ihre Günstlinge anzubringen versuchten und die Qualifikation keine Rolle spielte!"

Immer mehr Beschuldigungen

Die weiteren Berichte über Sejna waren aber derart, daß den Prager das Lachen verging und sie alle giftig wurden. Eine alte Frau aus dem Heimatort Sejnas wußte über seine Jugend zu berichten, man habe ihn viele Diebstähle nachgesagt und einmal sei er mit ausgeschlagenen Zähnen nach Hause gekommen. Im letzten Krieg habe er versucht, Brot "aufzutreiben", und wenn er welches bekam, habe er dem Bäcker oder Geschäftsmann mit der Anzeige bei der Gestapo gedroht und so Schweigegeleider erpreßt. Dann, nach dem Kriege, sei jeder Nachtwächter überprüft worden, ob sein Vater nicht vielleicht einen kleinen Laden besessen habe oder seine Mutter in die Kirche gegangen sei. Und ausgerechnet in dieser Zeit sei Sejna einer "blendenden Karriere" entgegengegangen, nachdem er sich mit der Tochter des Ortsvorsitzenden der KPC angefreundet hatte...

Konkret werde Sejna dann noch beschuldigt, daß er in Leitmeritz (als politischer Vertreter des Kommandanten der Pioniertruppen) seinen Einfluß auf den dortigen Theaterzirkel der Soldaten dazu mißbraucht habe, Theaterstücke von Soldaten als seine eigenen auszugeben und die Honorare einzustreichen. Einem Soldaten-Autor habe er die Teilung des Honorars vorgeschlagen, falls er als Mitautor genannt werde und sich darum kümmern, daß das Stück auch gespielt werde. Statt der Hälfte mußte sich der Autor mit einer "Abfindung" begnügen, den Großteil des Honorars habe Sejna eingesteckt - er brauchte schließlich für seine Liebesaffären ständig Geld. So weit war der "Fall Sejna" geüben, als in den Prager Versammlungen der Ruf nach der "Sauberekeit der Partei" immer mächtiger wurde. Wer da mitbelastet sei, möge gehen. Ohne weiteren Skandal.